

Margit Mayer/Remco van Capelleveen Zur Aufklärung eines blinden Herausgebers. Plädoyer für ein kritisches Amerika-Verständnis.

»Wir werden von der ganzen Welt beneidet. Die Vereinigten Staaten. Einige ... lachen darüber. Sie lachen darüber, weil sie glauben, daß die Vereinigten Staaten von der ganzen Welt beneidet werden. Nun, ich kann Ihnen sagen, daß die Amerikaner tatsächlich denken, daß die Vereinigten Staaten von Amerika von der ganzen Welt beneidet werden.« (Vizepräsident Dan Quayle).

Daß der Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika derartiges – von der überwiegenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung sicherlich un widersprochen – sagen kann, mag europäische Beobachter die Stirn runzeln lassen. Das oft etwas aufdringlich zur Schau gestellte Selbstbewußtsein »We are number one« mag andere sogar mit Ärger erfüllen; und dies um so mehr angesichts der rapide verfallenden Infrastruktur, der wachsenden Disparitäten zwischen Armen und Reichen, Schwarzen und Weißen, eines gigantischen Haushalt- und Handelsdefizits, des Skandals der Waffenkäufe an den Iran (»Iran-gate«), der dogmatisch-anikommunistischen Unterstützung rechter und faschistischer Kräfte in El Salvador und Nicaragua und der Unfähigkeit der amerikanischen Regierung, auf die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion angemessen zu reagieren. Die US-amerikanische Gesellschaft hat sich schon mal anders präsentiert – bescheidener, widersprüchlicher –, in den 60er und 70er Jahren, als die beißende Sozialkritik der Bürgerrechtsbewegung und Black Power, der Studenten – und Anti-Vietnamkriegsbewegung ein anderes Bild der USA vermittelt und nach Europa geliefert haben. Im Amerika Ronald Reagans sind diese Bewegungen scheinbar zum Stillstand gekommen, wurde das »Vietnam-Syndrom« anscheinend überwunden, hat sich wieder ein neues nationales Selbstbewußtsein herausgebildet. »America is strong again«, Amerika ist wieder wer.

Dieses Selbstbewußtsein drückt sich auch in Dan Quayles Aussage aus. Zugleich aber hat

Quayle etwas ausgesprochen, das in gewisser Weise seit Gründung der Republik Kennzeichen des amerikanischen Selbstverständnisses ist, in vielfachen Variationen die Geschichte der USA durchzieht und auch in amerikanischen Literatur- und Kulturproduktionen immer wieder aufgetaucht ist; daß nämlich Amerika das »gelobte Land« und die Amerikaner das »ausgewählte Volk« seien (Bercovitch 1988). Selbst die diskriminierten und marginalisierten Bewohner der Southside in Chicago, der Südbronx in New York, oder von Watts in Los Angeles stellen die Besonderheit »Amerikas« in der Regel nicht in Frage. Daß der »amerikanische Traum« auch für sie real werden kann, scheint der Erfolg afroamerikanischer Künstlerinnen und Sportlerinnen, Politiker und Geschäftsleute zu bestätigen. Und zeigt nicht auch die Tatsache, daß europäische und japanische Teenager Sweatshirts mit der Aufschrift »Harvard University« oder »I love New York« tragen, Israelis sich amerikanische Baseballspiele im Fernsehen anschauen, Chinesen Geschmack an Kentucky Fried Chicken gefunden haben, Kinder und Erwachsene rund um den Erdball zu McDonalds strömen und amerikanische Fernsehserien in großen Teilen der Welt verschlungen werden, die Attraktivität des American way of life? Mehr noch, kommen nicht jedes Jahr Hunderttausende von Einwanderern aus der ganzen Welt in das »gelobte Land« der USA, und würden nicht weitere Millionen gerne kommen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten? Welche politischen und ökonomischen Kräfte auch immer hinter diesen Entwicklungen

am Werk sind, es gibt offensichtlich bei uns und in anderen Teilen der Welt eine Nachfrage nach Bestandteilen des American way of life, einen Markt für amerikanische Exportartikel, insbesondere Lebensstile und (Alltags)Kulturprodukte. Bislang wurde jedenfalls niemand gezwungen, Hamburger zu essen, Dallas zu sehen Hip Hop zu hören oder die Parsonische Theorie zu rezipieren (ganz abgesehen davon, daß Parsons seine Soziologie in Deutschland gelernt hat); und sicherlich haben auch die Prokla-Herausgeber aus eigener Entscheidung Blue Jeans getragen und Rock'n Roll oder Soul gehört.

Auf jeden Fall fordert die Selbsteingnommenheit einer Nation, die sich nicht nur als auserwählte, als freieste und demokratischste dieser Erde versteht, sondern dies zugleich als Mission begreift, die es in der Welt hinauszutragen gilt – »to make the world free for democracy« (Theodore Roosevelt) –, sich dabei faktisch als Weltpolitist aufspielt und die Souveränität vieler Länder, insbesondere in der sogenannten Dritten Welt, mit Füßen tritt, Kritik geradezu heraus. Und die hat es sowohl in den USA als auch außerhalb reichlich gegeben; und es gibt sie immer noch, wenn gleich heute in den USA weniger spektakulär und sichtbar als etwa vor zwanzig Jahren. In der Bundesrepublik hat diese Kritik, die sich vor allem am außenpolitischen Gebaren der USA, an den Interventionen in Lateinamerika und anderen Teilen der Dritten Welt, aber auch am Verteidigungskonzept der Nato einschließlich der Stationierung von Nuklearraketen und eines möglichen Ersteinsatzes von Atomwaffen in Europa stößt, von konservativer Seite sich gleich den Vorwurf des Antiamerikanismus zugezogen. Ironischerweise kommt dieser Vorwurf gerade von jenen gesellschaftlichen Kräften, die bis zum Ende des zweiten Weltkriegs selbst demokratie- und amerikafeindlich gesinnt waren (und zum Teil noch sind) und die es heute nur nicht mehr zeigen, weil die veränderte weltpolitische Konstellation dies höchst inopportun werden ließ. Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs

sind die »nationalen« Interessen der Bundesrepublik, d.h. der herrschenden Klassen und des Staates, mit denen der USA aufs engste verflochten. Daß konservative Kreise in der Bundesrepublik und die politischen Eliten insgesamt so schnell mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus zur Hand sind, verwundert indessen nicht, können sie doch gar nicht anders als in groben national(istisch)en Kategorien denken. Daß es einen Unterschied zwischen den herrschenden Kreisen und ihrer Politik einerseits und der Bevölkerung und deren Interessen andererseits gibt, können oder wollen sie nicht wahrhaben, verstehen sie sich doch selbst als die Inkarnation des Volkswillens. Unter diesen Umständen wird Kritik an der herrschenden Politik sogleich mit Demokratiefeindlichkeit gleichgesetzt, Kritik an der Politik der US-Regierung zum Antiamerikanismus.

Aber was kann dann ein »Plädoyer für einen linken Antiamerikanismus« (Editorial, Prokla 74) meinen? Doch wohl nur, daß die Linke in ähnlicher Weise wie bislang staatliche Akteure in nationalen Kategorie denkt oder denken soll. Weil die Politik der US-amerikanischen Regierung in Nicaragua und in anderen Teilen der Dritten Welt machtorientiert, ignorant gegenüber den jeweiligen »nationalen« Interessen souveräner Staaten, ja zum Teil mörderisch gegenüber deren Bevölkerungen ist (im Vietnam war das überdeutlich, und die todbringenden Folgen sind – auch für die eigenen Soldaten – immer noch zu spüren), soll die ganze Nation, in der diese Politik formuliert und durchgesetzt wird, verurteilt werden. »Wenn der Antiamerikanismus eine Begleiterscheinung des Strebens nach nationaler politischer Souveränität ist, was wäre dann so schlimm daran?« fragen die Herausgeber (S. 3). Schlimm daran ist gar nichts, außer daß gesellschaftliche Konflikte und Klassenkonflikte auf Konflikte zwischen einzelnen Nationen reduziert werden. Problematisch ist, daß zu einem Zeitpunkt zu dem »der nationale Staat« als einheitlicher Adressat für Politikprozesse in einem gegebenen territo-

rialen Raum und für ein klar definiertes Staatsvolk zunehmend fragwürdiger wird, die Linke dazu aufgefordert wird, Konflikte mit nationalen Kategorien zu erfassen.

Daß das Streben nach »nationaler Souveränität« für die Länder der Dritten Welt ein sinnvoller Schritt im Kampf gegen imperialistische Bevormundung und Ausbeutung ist, kann angesichts der Geschichte amerikanischer Interventionen in Lateinamerika und anderen Regionen der Welt nicht bezweifelt werden. Gleichwohl kann die »nationale Befreiung« und das Erreichen politischer Souveränität allein die Unterdrückung, Ausbeutung und sozialen Probleme in der Dritten Welt nicht beenden. Das wissen wir spätestens seit dem »Sieg im Volkskrieg« in Vietnam und Kambodscha und der islamisch-fundamentalistischen »Revolution« im Iran. Denn auch in den Ländern der Dritten Welt gibt es (einheimische) herrschende Klassen und Klassenfraktionen, auch wenn diese oft eng mit den von den USA und Westeuropa politisch sekundierten multinationalen Kapitalen verbunden sind und sich nur dank dieser Zusammenhänge an der Macht halten können. Das komplexe Zusammenwirken von internationalem System, multinationalen Kapitalen, Hegemonialstellung der USA (bzw. wachsender Konkurrenz der EG-Staaten) und relativ abhängigen korrupten einheimischen Bourgeoisien in der Dritten Welt, eine vielschichtige Interdependenz also, läßt den Rekurs auf ein wie immer definiertes »nationales« Interesse doch inzwischen höchst fragwürdig erscheinen. Stößt damit das Streben nach »nationaler politischer Souveränität« schon in der Dritten Welt an die Grenzen intern differenzierter und weltpolitisch vermittelter Herrschaftsstrukturen, so wird die »nationale politische Souveränität« als Forderung der Linken in der Bundesrepublik geradezu absurd. Im Gegensatz zu Nicaragua ist die Bundesrepublik (politisch souverän oder nicht) nicht nur eingebunden in die international verflochtenen Kapitalbeziehungen, sondern sie gehört selbst zum hegemonialen Machtblock, zum Zen-

trum des weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Systems und trägt nicht unerheblich dazu bei, daß die Dritte Welt weder aus der peripheren und abhängigen Position innerhalb des internationalen Systems noch aktuell aus der Schuldenfalle herauskommt. Die deutsche Bevölkerung insgesamt, die Linke eingeschlossen, partizipiert an der politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung der Bundesrepublik; unser vergleichsweise hoher Lebensstandard hängt ganz wesentlich davon ab, daß die Dritte Welt die Lasten der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung und des »freien« Welthandels trägt. Darüber hinaus haben die vielen in der Dritten Welt stellvertretend geführten Kriege (die von deutschen Unternehmen mit gewinnbringend exportiertem Kriegsgerät angeheizt werden) kriegerische Auseinandersetzungen von Europa ferngehalten. Kurz gesagt: der Vergleich der Position der Bundesrepublik gegenüber den USA mit der eines Landes der Dritten Welt, die Reklamation der deutschen »nationalen politischen Souveränität« gegenüber den (imperialistischen) USA ist absurd, weil die BRD selbst Teil, und das in nicht wenig prominenter Position, des imperialistischen Machtblocks ist. Was immer der Bundesrepublik gegenüber den USA an »nationaler politischer Souveränität« fehlt, war von »unserer Regierung« so gewollt (einschließlich der Stationierung der Cruise Missiles und Pershings) und ist in gewisser Weise der Preis, den die BRD für ihren Platz an der weltpolitischen Sonne zu bezahlen hat. Reale Anlässe für Aufregung über die amerikanische Art und Weise, sich hier aufzuspielen, gibt es freilich genug. Obwohl die Bundesregierung für die Mittelstreckenraketen optiert hat, gibt es doch pausenlos auch Gelegenheiten, wo von einem wirklichen Mitreden »unserer« Volksvertreter nicht die Rede sein kann. Diese Gelegenheiten häufen sich in dem Maße, wie die Kohl-Regierung aus Furcht vor der drohenden Wahlniederlage in Sachen Abrüstung zunehmend mit der Bevölkerung an einem Strang zieht. Obendrein reagieren die europäischen

Regierungen auf Gorbatschows Abrüstungsvorschläge eher mit Bereitwilligkeit, vom Kalten-Kriegs-Denken Abschied zu nehmen, während die US-Regierung immer noch im Terrain des Kalten Krieges zu Hause ist. Deshalb kam es zum Streit um die »Modernisierung« der in der BRD stationierten nuklearen Kurzstreckenwaffen und zu Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Im Zusammenhang des Wintex 89-Manövers kam es sogar so weit, daß »unsere« Spitzenpolitiker, »die seit langem wußten, was da alle zwei Jahre wieder in der Nato gespielt wird, und die bisher geschwiegen haben,« (Spiegel vom 1.5. 1989: 23), aufheulten, weil die USA diesmal einen Atomkrieg üben und ihn möglichst auf Europa begrenzen wollten. »Allein drei der Atomsprengeköpfe detonieren über dem zweiten deutschen Staat.« Dann, »nach dem Einmarsch der Sowjet-Truppen, sollten auch die Deutschen in der Bundesrepublik unter atomares Feuer genommen werden; mindestens zwei Atomsprengeköpfe waren für Westdeutschland vorgesehen« (S. 26). Dabei kommt der empörte Aufschrei aus den Reihen der christlich-liberalen Koalition über das verordnete Selbstmordprogramm allerdings reichlich spät. Die Planung des Wintex-Manövers stammt aus dem Jahre 1986, der damalige Verteidigungsminister Wörner war an der Vorbereitung beteiligt. Dennoch hat das Editorial recht, wenn es hier Anlaß für ein anti-amerikanisches Potential verortet. Nur gerät es in völlig falsches Fahrwasser, weil es ignoriert, daß »die Deutschen« dank des nuklearen »Schutzschirms« der Amerikaner seit 40 Jahren Freiheit, Demokratie und Rock'n Roll genießen.

Die Analogie mit Nicaragua ist zweitens auch inmanent falsch, weil die inneramerikanische Opposition sehr wohl dafür verantwortlich ist, daß dem imperialistischen Heißhunger der US-Eliten Schranken gesetzt werden. Es mag zwar »einen Bauer in Nicaragua, der durch die US-finanzierten Contras Ernte, Haus oder Angehörige verloren hat, nicht interessieren, ob die Opposition in den USA gegen

die Contra-Finanzierung machtvoll, gutwillig, religiös motiviert usw. war (oder) ob die Finanzierung offiziell oder inoffiziell erfolgte« (S. 5). Die Zukunft dieses Bauern (und der Bevölkerung Nicaraguas insgesamt) und seine Chancen auf Selbstbestimmung werden gleichwohl entscheidend davon abhängen, ob die Opposition in den USA die Unterstützung der Contras durch die US-Regierung und CIA erschweren oder einschränken kann. Genauso wenig wird es der schwarzen Mehrheit in Südafrika gleichgültig sein, ob die von der antirassistischen Bewegung in den USA geforderten Boykottmaßnahmen effektiv durchgesetzt werden können oder nicht; oder ob es auch in der BRD gelingen wird, eine wirksame Bewegung gegen die deutsche Unterstützung des Apartheid-Regimes in Südafrika ins Leben zu rufen. Ebenso wenig war die Anti-Vietnamkriegsbewegung in den USA und in Europa belanglos für die Niederlage der USA in Indochina.

Ist die Kritik der Prokla-Herausgeber an den USA einerseits simplistisch und überzogen, weil sie sozusagen das Kind (die interne Widersprüchlichkeit der USA) mit dem Bad (der imperialistischen Außenpolitik) ausschüttet, so geht sie andererseits nicht weit genug. Die Kehrseite der »Abstraktion von den Binnenverhältnissen« (S. 5) ist die Mystifizierung eben dieser Binnenverhältnisse. Diese sind nämlich überhaupt nicht so eindeutig durch »ein vorbildlich reges, demokratisches Gemeindeleben« oder ein »vorbildliches demokratisches Alltagsleben« (S. 6) gekennzeichnet wie das im Editorial unterstellt wird.

Allerdings hat der Mythos von der demokratischen Alltagskultur auch einen wahren Kern. Dieser besteht in der tatsächlich relativ verbreiteten Realität und Erfahrung von weitgehender Selbstverwaltung und community-betonender Demokratie in der amerikanischen Geschichte. Zwar war eine Voraussetzung der Entfaltung dieser Gesellschaft selbständiger Bürger und der ihr eigenen lebendigen politischen Öffentlichkeit die Negation der Bürgerrechte für ganze Teile der Bevölkerung

(Schwarze, Indianer, Frauen) und die Aneignung ihrer Arbeit. Aber dennoch bewirkte die im Vergleich mit anderen Ländern breit gestreute Erfahrung egalitärer Macht und politischer Beteiligungschancen die Verankerung einer in besonderer Weise demokratischen politischen Kultur, die auch heute noch virulent ist, wenn auch beschränkt auf die »Inseln der Gleichheit und Happiness«, aus denen sich die heterogene und segmentierte amerikanische Gesellschaft zusammensetzt (Wagner 1977). Immerhin, noch heute weisen die USA die höchste Rate aktiven Engagements in vor- und außerstaatlichen Organisationen auf, die sich »autonom« mit der Lösung von Gemeindeproblemen beschäftigen. Diese politische Kultur stand auch den sozialen Bewegungen immer wieder zur Verfügung, und ist für ihre antistaatlichen, dezentralen, und libertären Elemente mit verantwortlich. Von der hiesigen Linken wurde diese libertäre »grassroots« Orientierung amerikanischer sozialer Bewegungen neidisch bestaunt, bejubelt – und neuerdings, da sie ja offensichtlich in den wichtigen Dingen wirkungslos bleibt, enttäuscht ad acta gelegt bzw. verurteilt. Mit dieser Entweder-Oder-Rezeption, in deren Tradition das Editorial offensichtlich steht, kommen wir nicht weiter. Nach dem gleichen Motto mystifizieren unsere amerikanischen Freunde/Genossen bisweilen unsere vergleichsweise starke Sozialdemokratie und ihre Errungenschaften, oder die Grüne Partei – um sich dann enttäuscht von uns abzuwenden, weil wir es trotz dieser »beneidenswerten Bedingungen« nicht schaffen, aus der Nato auszutreten, oder unsere Regierung zu zwingen, die Sandinistas zu unterstützen. Stattdessen geht es eher darum, die Verhältnisse zu entmystifizieren und die jeweiligen Bewegungssektoren in ihrer spezifischen Eigenart realistisch einzuschätzen: den amerikanischen, der so stark vom Konzept der »grassroots democracy« geprägt ist, wie den deutschen, der von einer spezifischen Staatsfrömmigkeit durchdrungen ist. Beides hat mit der jeweiligen nationalen Geschichte und po-

litischen Kultur zu tun. Beides birgt spezifische Bornierungen bzw. Gefahren, aber auch bestimmt Vorteile. In den USA resultierte aus den besonderen Bedingungen oft eine außergewöhnliche Schubkraft der sozialen Bewegungen, die sich auch in jüngster Zeit immer wieder zum Vorläufer und Anstoß für Bewegungen in anderen Ländern gemacht haben (z.B. Anti-Nuklear-, Frauen-, Neighborhood- und Öko-Bewegung). Gerade mit Bewegungen in der Bundesrepublik hat sich ein reger Austausch entwickelt und inzwischen auch vielfältige Verknüpfungen – übrigens ein Verweis darauf, daß auch Minderheiten die »faktische Möglichkeit zur Außendarstellung der Gesellschaft« haben, die im Editorial bestritten wird. (S. 8)

Aber die für die Entfaltung sozialer Bewegungen in mancherlei Hinsicht günstigen US-spezifischen Bedingungen sind sehr widersprüchlich und haben auch ihre Kehrseiten. Die besonderen Entstehungsbedingungen der amerikanischen Gesellschaft erlaubten eine breitgestreute Erfahrung egalitärer Macht und politischer Beteiligungschancen, auf deren Grundlage sich eine dichte »civil society« entfaltete, gekennzeichnet von kommunitärer Praxis und libertärer politischer Kultur. Diese Demokratie freier und unabhängiger Bürger (»Yeoman Farmer«) basierte allerdings von Anfang an und strukturell auf Expansion (»frontier«) und Unterwerfung (der eingeborene Indianer), und auf der Aberkennung jeglicher Bürger- und Menschenrechte für große Teile der arbeitenden Bevölkerung; die Realisierung politischer Freiheit in der Jeffersonischen Demokratie setzte eine ökonomische Existenz voraus, die in den Südstaaten praktisch nur in Zusammenhang mit der Sklavenwirtschaft zu erlangen war. Die unmittelbare Herrschaftsgewalt über Sklaven war Prämisse des amerikanischen Traums, der Theorie von der Einheit politisch-ökonomischer Bürgerfreiheit.

Auf dieser Basis bildeten die folgenden massiven Einwanderungswellen verschiedener ethnischer Gruppierungen eine »fragment so-

ciety« (Louis Hartz, 1969): ohne gemeinsame ethnische oder kulturelle Identitäten, aber aufgeschlossen für liberale Ideologeme vereinte sie die Vision des selbständigen Bürgers, dessen Autonomie weder durch einen zentralistischen Staatsapparat noch durch industrielle Großorganisation beschnitten werden sollte. Obwohl dieser ideologische Konsens von den unfreiwilligen, nicht als Vollbürger akzeptierten Gesellschaftsmitgliedern nicht geteilt wurde, und obwohl er immer wieder von radikalen sozialen Bewegungen herausgefordert wurde, stellten die Reproduktionsbedingungen der weißen, männlichen Bürger tatsächlich eine Grundlage der Erfahrung egalitärer Macht und politischer Beteiligungschancen – und vor allem der Aneignung von Privateigentum – dar. Im Verlauf der Geschichte erfuhr diese Ideologie Bestärkung, indem die Besitzergreifung eines weiten, ressourcenreichen Landes den »Naturzustand« menschlicher Gleichheit sinnlich erfahrbar machte, und weil der Zustrom immer neuer Einwanderer, die in ihren Herkunftsländern oft Außenseiter waren, durch Toleranz und dezentrale Segmentierung bewältigbar war. Die Balance zwischen den libertären und komunitären Elementen dieses amerikanischen Traums und seiner sozialen Realisierung war dennoch prekär: Immer wieder entzündeten sich soziale Bewegungen daran, daß Marktfreiheit, politische und soziale Chancengleichheit, und komunitäre Brüderlichkeit (sic) nicht für alle realisierbar waren. Aber die Stärke dieser liberalen Ideologie prägte selbst die sozialen Bewegungen der USA, die – von der populistischen Agrarbewegung des ausgehenden letzten Jahrhunderts bis zum SDS der 60er Jahre und den neuen »direct action movements« der 80er – den hegemonialen Diskurs nie zu verlassen brauch(t)en, um ihre Forderungen zu artikulieren. Soziale Bewegungen, die die Spannung im amerikanischen Liberalismus ausagieren, brauchen sich niemals außerhalb des herrschenden amerikanischen Politikverständnisses zu definieren, denn partizipatorische Formen und kommu-

nitäre Selbstaktivität sind – wenn auch auf der widersprüchlichen Basis des Jeffersonischen Demokratie-Konzepts – konstitutive Elemente des amerikanischen Traums. Sogar bürgerlicher Ungehorsam gegen etablierte Autorität ist in dieser Tradition verankert, ist Teil des hegemonialen Diskurses – der dann viele deutsche Linke neidisch staunen (und oftmals vorschnell jubeln) läßt.

Bei nüchterner Betrachtung stellt sich schlicht heraus, daß die Flexibilität des amerikanischen Parteiensystems einerseits und die Heterogenität der Lebensbedingungen andererseits die Entstehung einer Vielzahl spezifischer Bewegungen, kulturell orientierter genauso wie moralistischer Protestbewegungen beförderten, die durch unkonventionelle Artikulationsformen und Beschränkungen auf spezifische Innovationen das formale Parteiensystem komplementierten. Diese offene und fragmentierte Struktur des politischen Systems erlaubt gleichzeitig ein flexibles Reagieren auf massiv vorgetragene Forderungen – und fördert damit die Formierung und häufig einen schnellen Erfolg für soziale Bewegungen, die sich selbst dadurch um so leichter in Interessengruppen und Lobby-Organisationen verwandeln.

Klassischerweise ist die Karriere sozialer Bewegungen in USA gekennzeichnet von einer unkomplizierten Geburt und schnellen Verbreitung dank der Tradition und Ressourcen für Interessengruppen und Selbsthilfe-Organisationen, und dank der förderlichen Chancenstruktur des politischen System. Genauso schnell vollzieht sich allerdings die Zerstreuung in disparate, bald abflauende Bewegungen bzw. latente Bewegungsmilieus. Sowohl die sichtbaren Mobilisierungen als auch die latenten Bewegungsmilieus werden bald von professionellen »organizers« strukturiert.

Diese spezifische amerikanische gesellschaftlichen Voraussetzungen förderten also einen Bewegungssektor besonderer Art, und erklären, weshalb viele US-Bewegungen sehr oft Anreger für Bewegungen anderswo sind, aber selbst meist schnell so unternehmerisch, kom-

petitiv und unideologisch werden. Gleichzeitig nährt der hegemoniale Diskurs der amerikanischen Gesellschaft aber auch besonders hochfliegende demokratische Erwartungen, und bietet dadurch immer wieder und für immer neue Gruppen Anlaß, die Balance zwischen den Idealen der Gründerzeit und den real existierenden Institutionen zu stören. Ein Grund mehr uns mit ihnen zu beschäftigen! Die Unvollkommenheit des »demokratischen Alltagslebens« ist auch, und zwar besonders krass, in den Beziehungen zwischen den Rassen sichtbar. Zielstrebig und ohne auch nur den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, wurden schwarze Amerikaner von der »Demokratie im Inneren« von den in Unabhängigkeitserklärung, Verfassung und Bill of Rights dargelegten Menschen- und Bürgerrechten ausgeschlossen – zunächst durch die Sklaverei, später durch die amerikanische Variante der Apartheid, die »Jim Crow«-Gesetze und diverse Formen eines institutionalisierten Rassismus. 1968, mehr als 100 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei und nach einer Dekade erbitterter Auseinandersetzungen um die Gewährung der Bürgerrechte für schwarze Amerikaner, ist die von Präsident Johnson beauftragte National Advisory Commission on Civil Disorders (nach ihrem Vorsitzenden auch Kerner-Kommission genannt) zu der Schlußfolgerung gekommen: »Unsere Nation bewegt sich auf zwei Gesellschaften zu, eine schwarze und eine weiße – getrennt und ungleich.« Auch heute, 20 Jahre später, sind die Beziehungen zwischen weißen und schwarzen Amerikanern immer noch nicht über das Stadium einer »eisigen Detente« hinausgekommen (Newsweek vom 7.3. 1988: 25), trotz errungener Bürgerrechte und gesetzlicher Antidiskriminierungsmaßnahmen in den 60er und 70er Jahren. Die Einschätzung des früheren Deputy Mayor von New York City, Robert Wagner Jr., verweist eher auf eine Festschreibung oder gar Verschärfung des Befunds der Kerner-Kommission: »Ich glaube, daß die amerikanischen Großstädte sich zunehmend zu zwei Städten ent-

wickeln – eine Stadt derer, die erfolgreich sind, und eine Stadt derer, die es nicht sind« (New York Times vom 20.1.1985: E-6). Die atemberaubende Gesellschaftsspaltung, die wir heute beobachten, wo privilegierter Kern und verschiedene Kreise verarmender und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen weiter und weiter auseinanderfallen, ist offensichtlich Medium des sich abzeichnenden Modus innergesellschaftlicher Krisenbewältigung, der gesellschaftliche Polarisierungsprozesse bislang unbekanntem Ausmaßes generiert. Eine gesplante Gesellschaft, in der neue Gruppen ohne Bürgerrechte und ohne Zugang zu Ressourcen (v.a. neue Immigranten aus lateinamerikanischen Staaten), Obdachlose, Marginalisierte, arbeitslose Jugendliche, und die auf jeder Ebene diskriminierte afroamerikanische innerstädtische Bevölkerung – den von der technologischen und wirtschaftlichen Umstrukturierung profitierenden Schichten gegenüberstehen.

Sowenig der in den USA immer noch epidemische weiße Rassismus der Vergangenheit angehört, sowenig basiert er auf einer allgemein menschlichen Anlage zur natürlichen Antipathie zwischen Menschen verschiedener Rassenzugehörigkeit. Die gesellschaftliche Produziertheit der »Rassenbeziehungen« in den USA samt der bis heute implizierten Unterstellung biologisch-kultureller Über- und Unterlegenheit läßt sich an der Entwicklung der Sklaverei und der Institutionalisierung rassistischer Differenzierungen in den (damaligen) amerikanischen Kontinentalkolonien ablesen. Die Absicherung der strukturell prekären Ausbeutungsverhältnisse in der kolonialen Plantagenökonomie erforderte die Etablierung eines stabilen Systems der sozialen Kontrolle, dessen Herzstücke die »Erfindung der weißen Rasse« und der entsprechenden Ideologie der »weißen Suprematie« wurde (Allen 1975, 1978). Angesichts der zunehmenden Aufstände schwarzer und weißer Sklavenarbeiter wurde seit Ende des 17. Jahrhunderts die Grenze zwischen Freiheit und Versklavung als color line gezogen. Afrikaner

wurden qua Herkunft und Hautfarbe zu Sklaven auf Lebenszeit, alle anderen (i.e. Europäer) prinzipiell zu Nichtsklaven erklärt. Die mit der Institutionalisierung der »rassischen Sklaverei« neu geschaffene Rassensolidarität zwischen armen und ausgebeuteten Weißen mit der Plantagenbourgeoisie war ebenso ein Konstitutionsmerkmal der neugegründeten Republik wie auch eine wesentliche Voraussetzung für die von Alexis de Tocqueville und anderen immer wieder beobachtete Gleichheit und Mobilität in der (weißen) amerikanischen Gesellschaft. Dies war (und ist) nur möglich, weil die ungleichen Amerikaner sozusagen a priori von der gesellschaftlichen Demokratie und Gleichheit ausgeschlossen worden sind – in der Vergangenheit offiziell durch »rassische Sklaverei« und »Jim Crow«-Gesetze, in jüngerer Zeit durch den eher verdeckt auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt operierenden »institutionalisierten Rassismus.« Der politisch genierte Rassenantagonismus verdeckt bis heute den grundlegenden gesellschaftlichen Klassenkonflikt und hat konsequenterweise zur Desintegration und Entpolitisierung der (weißen) amerikanischen Arbeiterbewegung geführt. An deren Geschichte ließe sich zeigen, daß die weiße Arbeiterschaft in entscheidenden historischen Entwicklungsphasen sich immer wieder gegen die Solidarität mit ihren afroamerikanischen (später auch chinesischen und Latino-)Klassengenossen und zugunsten ihrer rassistischen, auf der Hautfarbe basierenden Privilegien entschieden hat. Kurz gesagt: die fundamentale Spaltung entlang der color line und die diese Spaltung legitimierende Ideologie der »weißen Suprematie« war und ist eines der wesentlichen Strukturmerkmale der US-amerikanischen Gesellschaft. Der »imperialen Außenrolle« der USA gegenüber den (nicht-weißen) Völkern in der Dritten Welt entspricht die Ausbeutung, Unterdrückung und Marginalisierung der Dritte-Welt-Populationen in den USA selbst.

Was folgt aus alledem für unser Amerikaver-

ständnis? Erstens, wenn wir die Voraussetzungen für eine Veränderung der amerikanischen Außenpolitik begreifen wollen, müssen wir die amerikanischen »Binnenverhältnisse« betrachten. Die Erzeugung griffiger Feinbilder (»entgeht man dadurch der Gefahr.., die imperiale Außenrolle zu vernachlässigen«, S.7) hat weder in der oppositionellen Politik noch in der kritischen Wissenschaft etwas zu suchen. Zweitens geht es sicherlich nicht primär darum, sich gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus zu wehren, sondern darum, einen alternativen Antiamerikanismus zu vermeiden. Statt linkem Antiamerikanismus, der sich in der Tat durch Blindheit, nicht aber Aufgeklärtheit auszeichnet, brauchen wir ein kritisches Amerikaverständnis, das die USA als hegemoniale politische, ökonomische und gesellschaftliche Kraft in ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit begreift. Nur wenn wir die »Binnenverhältnisse« und die sie kennzeichnenden Kräfteverhältnisse und Konfliktpotentiale zum Thema machen, haben wir eine Chance, dem Zusammenhang von Binnenverhältnissen und Außenprojektion« (S.6) ein Stück näher zu kommen. Zwar muß nicht jeder USA-Kritiker die jeweils kritisierten Verhältnisse theoretisch begründet und analytisch angemessen begreifen, sowenig wie Marx zufolge jeder (klassenbewußte) Proletarier ein theoretisch elaborierter Kritiker der politischen Ökonomie sein mußte. Aber wenn wir nicht zwischen den (verdinglichten) gesellschaftlichen Verhältnissen und den lebendigen Menschen (die in diese Verhältnisse eingebunden sind und von ihnen bestimmt werden) unterscheiden und das hinter den Erscheinungsformen verborgene Wesen der Gesellschaft wie immer auch alltagsbegrifflich verstehen, dann sitzen wir genau jenen Mystifizierungen auf, die ideologiekritisch zu entzaubern und dadurch zum Tanzen zu bringen gerade die Aufgabe der auf gesellschaftliche Praxis zielenden kritischen Wissenschaft ist. Insofern ist es nicht nur »nicht korrekt«, sondern auch nicht »legitim« die »Repräsentierten« undifferenziert

»mit den Repäsentanten« zu indentifizieren. (S.8) Das sollte besonders in der BRD angesichts der Geschichte und Erfahrung des deutschen Faschismus beachtet werden. Insgesamt bleibt uns das Editorial ein Rätsel – genauso wie übrigen der Titel dieses Prokla-Heftes »Bye bye, USA«. Die Essays im Heft verabschieden die USA in keinster Weise, sie machen nicht einmal die Erosion der amerikanischen Hegemonialstellung explizit zum Thema. Vielmehr beschäftigen sie sich, und zwar fast ausnahmslos, kritisch mit internen Entwicklungen in den USA und widersprechen so dem einleitenden Editorial diametral. Zumindest das hätte den Herausgebern auffallen können.

Literatur:

- Allen, Theodore (1975): *Class Struggle and the Origin of Racial Slavery: The Infention of the White Race*, Hoboken, N.J. 1985.
- Ders. (1978): »Slavery, Racism, and Democracy,« in: *Monthly Review* 29:10 März 1978.
- Bercovitch, Sacvan (1988): »Konsens und Anarchie – Die Funktion der Rhetorik für die amerikanische Identität,« in: Frank Unger (Hg.), *Amerikanische Mythen: Zur inneren Verfassung der Vereinigten Staaten*, Frankfurt/New York 1988.
- Hartz Louis (1969): »A Comparative Study of Fragmented Cultures,« in David Graham, Ted Robert Gurr (Hg.) *The History of Violence in America*, New York 1969.
- Wagner, Wolf (1977): »USA: Ein Land aus Inseln der Gleichheit und Happiness,« *Leviathan* 5:1, 1977